

Interpellation betr.

Kontrollierte Lockerung des Grundsatzes "jeden Sonntag in jeder Kirchgemeinde ein eigener Sonntagsgottesdienst" für kleine Kirchgemeinden

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Sehr geehrte Mitglieder der Synode

Mit Datum vom 23. April 2019 ist beim Kirchenrat eine Interpellation von Rolf Ziegler, Synodemitglied aus Schönholzerswilen, mit folgendem Inhalt eingegangen:

Sehr geehrter Kirchenrat
Sehr geehrte Frau Synodalpräsidentin
Sehr geehrte Mitglieder der Synode

In kleinen Kirchgemeinden stellt sich angesichts der kleiner werdenden Zahl der Gottesdienstbesucherinnen und -besucher die Frage, ob nicht an bestimmten Sonntagen - in Ferienzeiten oder auch regelmässig (z. B. einmal im Monat) - auf die Durchführung eines eigenen Sonntagsgottesdienstes verzichtet werden könnte. Anstelle des Gottesdienstes in der eigenen Kirchgemeinde könnten die Gottesdienstbesucherinnen und -besucher einen bestimmten - besonderen oder ganz normalen - Gottesdienst in einer bestimmten Nachbarkirchgemeinde besuchen. Der regelmässige Gottesdienstbesuch in einer bestimmten Nachbarkirchgemeinde könnte den Kontakt zwischen den Kirchgemeinden fördern und würde möglicherweise ein vielfältigeres Gottesdinnerlebnis ermöglichen. Die Eigenständigkeit und die Gemeinschaft der kleinen Kirchgemeinden würde dadurch kaum geschmälert, weil die freien Ressourcen (im Pfarramt) für andere Bereiche des Gemeindelebens eingesetzt werden könnten.

In der Kirchenordnung (KGS 5.2) wird in § 28 Abs. 1 der Grundsatz festgehalten, dass an «jedem Sonntag in jeder Kirchgemeinde ein Gottesdienst stattfindet». Der Kirchenrat kann «in begründeten Fällen abweichende Regelungen genehmigen.» Weiter besteht aufgrund von § 38 Abs. 1 der Kirchenordnung (KGS 5.2) die Möglichkeit, dass «in Absprache mit der Kirchenvorsteherschaft regelmässig besondere, alternativ gestaltete Gottesdienste gefeiert werden». In Abs. 2 von § 38 wird die Möglichkeit erwähnt, «gemeinsame Gottesdienste mit anderen landeskirchlichen Gemeinden» zu feiern. Dabei fehlt im Unterschied zu Abs. 1 das Wort «regelmässig».

Aufgrund der Information, die der Kirchenrat im Januar 2018 in einem Newsletter an die Präsidien der Kirchenvorsteherschaften aufgrund einer an der Mitarbeitendenkonferenz vom 8. Januar 2018 erfolgten Information herausgegeben hat, ist bekannt, unter welchen Bedingungen selbstständige Kirchgemeinden ausnahmsweise auf das Halten eines eigenen Sonntagsgottesdienstes verzichten können. Ausnahmsweise gemeinsame Gottesdienste von selbstständigen Kirchgemeinden macht der Kirchenrat von folgenden Bedingungen abhängig: Es muss ein Fahrdienst angeboten werden und es muss von jeder der beteiligten Gemeinden mindestens eine Person liturgisch aktiv mitgestalten (Pfarrer(in), Lektor(in) etc.).

Ich bin mir aufgrund der bestehenden Rechtsgrundlage in den §§ 28 und 38 der Kirchenordnung (KGS 5.2) und der vom Kirchenrat deklarierten Ausnahmepraxis nicht schlüssig, ob mein Anliegen – dass eine Kirchgemeinde regelmässig (z. B. einmal im Monat) auf die Durchführung eines eigenen Sonntagsgottesdienstes verzichten kann – rechtlich möglich wäre und vom Kirchenrat auch genehmigt würde. Mit Blick auf eine zur Änderung der rechtlichen Grundlagen allenfalls nötige Einreichung einer Motion ersuche ich den Kirchenrat, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Könnte sich der Kirchenrat eine Änderung der rechtlichen Grundlagen in der Kirchenordnung (KGS 5.2) vorstellen, die jeder Kirchgemeinde mit nur einer Pfarrstelle die Möglichkeit öffnen würde, sich bei einer anderen Kirchgemeinde am Gottesdienst zu beteiligen und damit (regelmässig) auf den eigenen Sonntagsgottesdienst zu verzichten?
2. Ist es aufgrund der aktuellen Rechtsgrundlagen möglich und denkbar, dass der Kirchenrat einer kleinen Kirchgemeinde (mit einer Pfarrstelle) - auf einen von der Kirchgemeindeversammlung unterstützten Antrag hin - erlauben würde, auf Dauer regelmässig (z. B. einmal im Monat) auf einen eigenen Sonntagsgottesdienst zu verzichten und dafür zum Gottesdienst in eine bestimmte Nachbarkirchgemeinde einzuladen?
3. Von welchen Bedingungen würde der Kirchenrat eine solche Bewilligung für den regelmässigen Verzicht auf einen gemeindeeigenen Sonntagsgottesdienst abhängig machen?
4. Was hält der Kirchenrat von folgenden möglichen Kriterien für eine Abweichung von der Regel «Jeden Sonntag in jeder Kirchgemeinde ein eigener Sonntagsgottesdienst»: höchstens 12-mal im Jahr; in der Ferienzeit; bei Krankheit der Pfarrperson; bei einer Vakanz der Pfarrstelle
5. Könnte sich der Kirchenrat vorstellen, dass er zum Rahmen und zur Gestaltung von gemeinsamen Gottesdiensten, die den ordentlichen Sonntagsgottesdienst in der eigenen Kirchgemeinde ersetzen, neben dem verpflichtenden Fahrdienstangebot und der aktiven liturgischen Mitgestaltung des Gottesdienstes durch eine Person der «Gastkirchgemeinde» weitere Bedingungen stellen würde?

In erster Linie sind es die Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten von kleinen Kirchgemeinden, die mich veranlassen, mit meiner Interpellation an den Kirchenrat und an die Synode zu gelangen. Von einer kontrollierten Lockerung des Grundsatzes «Jeden Sonntag in jeder Kirchgemeinde ein eigener Sonntagsgottesdienst» würde ich mir folgende Vorteile versprechen:

- Jede kleine Kirchgemeinde kann schnell reagieren, ohne jedes Mal einen Antrag zu stellen.
- Der «Prediger»/ die «Predigerin» darf somit vor mehr vollen Kirchenbänken stehen.
- Es ergeben sich schöne Kontakte über die Gemeindegrenze hinaus.

Im Übrigen bin ich überzeugt, dass mein Vorstoss interessante und wertvolle Diskussionen auslösen könnte.

Ich danke dem Kirchenrat im Voraus für die Beantwortung meiner Fragen.

Ritzisbühwil, den 23. April 2019

Rolf Ziegler, Mitglied der Synode

Antwort des Kirchenrates

Gesetzliche Grundlagen

Die Frage, ob "angesichts der kleiner werdenden Zahl der Gottesdienstbesucherinnen und -besucher nicht an bestimmten Sonntagen auf die Durchführung eines eigenen Sonntags-gottesdienstes verzichtet werden könne", ist nicht neu. Im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Kirchenordnung vom 17. Feb. 2014 wurde sie diskutiert. In allen Phasen der Vorarbeiten und der Entscheidungsfindung fand aber die Formulierung "Grundsätzlich findet in jeder Kirchgemeinde an jedem Sonntag ein Gottesdienst statt" eine klare Mehrheit. Sie wurde sogar im Laufe des Gesetzgebungsprozesses noch leicht verschärft, indem das Wort "grundsätzlich" gestrichen wurde. So heisst es in § 28 der Kirchenordnung nun:

An jedem Sonntag findet in jeder Kirchgemeinde ein Gottesdienst statt. Der Kirchenrat kann in begründeten Fällen abweichende Regelungen genehmigen.

Sowohl im Entwurf des Kirchenrates, der in die Vernehmlassung ging (2008), als auch in der Vorlage, die zur Beratung an die Synode ging (2010), heisst es im Kommentar dazu:

An diesem Grundsatz soll festgehalten werden. Wo Klein- oder Kleinstgemeinden unter dem Eindruck stehen, Gottesdienste an jedem Sonntag durchzuführen, sei auf Dauer unverhältnismässig, müsste über einen Gemeindezusammenschluss nachgedacht werden.

Der Kirchenrat hat die Kompetenz, abweichende Regelungen zu genehmigen. Aufgrund der klaren Stossrichtung der Gesetzgebung macht er zurückhaltend von diesem Recht Gebrauch. Er hat dies bis jetzt in folgenden Situationen getan:

- Wo zwei Gemeinden durch ein gemeinsames Pfarramt verbunden sind, hat er auf entsprechendes Gesuch hin schon die Praxis ermöglicht, alternierend Gottesdienst zu feiern. In nicht wenigen dieser Fälle war das ein vorübergehender Zustand, indem diese Doppelgemeinden später dann fusionierten.
- Wo der Alleingang einer Kleinstgemeinde nur provisorisch zugestanden wurde und das Pfarrpensum unter 50% liegt, hat er bewilligt, dass nur 14-tägig Sonntagsgottesdienste gefeiert werden. Aktuell ist dies nur in Andwil der Fall.

Was die gesetzlichen Grundlagen betrifft, gibt es in der Kirchenordnung noch einen weiteren Paragraphen, der im vorliegenden Zusammenhang von Bedeutung ist. In § 38 (Marginale: "Besondere Gottesdienste") heisst es in Absatz 2:

Mit Zustimmung der Kirchenvorsteherschaft können gemeinsame Gottesdienste mit andern landeskirchlichen Gemeinden oder mit weiteren christlichen Gemeinden oder Gemeinschaften gefeiert werden.

Hier geht es wirklich um "Besondere Gottesdienste"; gedacht war z.B. an Gottesdienste im Rahmen der Ökumene oder der Allianz, an gemeinsam veranstaltete Suppentage oder Waldgottesdienste, nicht aber an gewöhnliche Gottesdienste, z.B. in der Ferienzeit. Und damit der Charakter der gemeinsamen Feier klar zum Ausdruck kommt, hat der Kirchenrat präzisiert (wie der Interpellant in Pt. 5 richtig festhält), dass neben dem verpflichtenden Fahr-dienstangebot eine aktive liturgische Mitgestaltung des Gottesdienstes durch eine Person der Gastkirchgemeinde Voraussetzung ist.

Ein klassischer Fall eines "besonderen Gottesdienstes" ist der alle vier Jahre stattfindende Kirchensonntag. Für diesen Anlass gestattet (oder ermuntert) der Kirchenrat, auf den eigenen Gottesdienst zu verzichten und eine Fahrgelegenheit zum zentralen Ort des Gottesdienstes anzubieten. Das Erlebnis, zusammen mit vielen Gläubigen Gottesdienst zu feiern, kann tatsächlich stärkend sein.

Erwägungen des Kirchenrates

In den vergangenen Jahrzehnten war unbestritten mancherorts (nicht überall!) ein Rückgang der Zahl von Gottesdienstteilnehmenden festzustellen. Es ist verständlich, dass, zumal in kleinen Gemeinden, die Frage auftaucht, ob der Aufwand für Vorbereitung und Durchführung unter diesen Umständen gerechtfertigt ist. Kommt dazu, dass Leute aller Generationen heute recht mobil sind und es unter diesem Gesichtspunkt durchaus zumutbar wäre, Gemeindeglieder auf ein Gottesdienstangebot in der Nachbargemeinde zu verweisen.

Nun ist aber das Teilnahme-Verhalten bei Gottesdienstbesuchen nicht dasselbe wie bei anderen Veranstaltungen. Viele der potenziellen Gottesdienstteilnehmenden hängen sehr an der eigenen Gemeinde und am eigenen Kirchengebäude. Das führt in aller Regel dazu, dass nur ein Bruchteil jener Leute, die an einem Sonntagsgottesdienst in der eigenen Gemeinde teilnehmen, vom Angebot der Nachbargemeinde Gebrauch machen. Die Annahme, dass "der Prediger/ die Predigerin dann vor mehr vollen Kirchenbänken stehen kann", wird durch die Erfahrungen nicht oder höchstens sehr eingeschränkt bestätigt.

Der regelmässig gefeierte Sonntagsgottesdienst ist ein Wesensmerkmal einer Gemeinde. Von Anfang an war es Kennzeichen der Gemeinden, dass sie sich am Sonntag versammelten. Kirchliche Gebäude und Strukturen sind sekundär. Anders gesagt: Es darf nicht eine Entwicklung eintreten, an deren Ende vor Ort zwar ein Kirchengebäude und eine Organisationsstruktur steht, aber kaum mehr gottesdienstliches Leben. Auch wenn der Interpellant ausdrücklich von einer "kontrollierten Lockerung" spricht – wo sind die Grenzen? Was macht den qualitativen Unterschied zwischen einem Feriensonntag (gemeint sind wohl die Schulferien) und einem gewöhnlichen Sonntag? Was gibt es für einen Grund, genau an *einem* Sonntag pro Monat auf den eigenen Gottesdienst zu verzichten und nicht an mehreren?

Von den personellen Ressourcen her ist es möglich, den von der Kirchenordnung festgelegten Grundsatz durchzuhalten. Neben Pfarrer(inne)n, Diakon(inn)en und Theologiestudent(inn)en stehen auch genügend Laienprediger(innen) dafür zur Verfügung. Zudem muss der Gottesdienstbesuch in Ferienzeiten nicht schlechter sein als in den übrigen Zeiten; viele der Gottesdienstteilnehmer sind in ihrem Freizeitverhalten nicht auf die Schulferien ausgerichtet.

Der Kirchenrat macht bewusst von seiner Kompetenz Gebrauch, Ausnahmeregelungen zu bewilligen, wo ein gemeinsames Pfarramt besteht. Dabei geht es nicht nur um die geringeren Ressourcen (weil eine Pfarrperson für zwei Gottesdienstorte zur Verfügung stehen muss), sondern auch weil damit ein Weg in Richtung eines Zusammengehens der beiden Gemeinden gewiesen wird. Dies wäre im Sinne der Randbemerkungen zum entsprechenden Paragraphen der Kirchenordnung, wie sie im Lauf des Gesetzgebungsprozesses gemacht wurden. Ein Zusammengehen zweier kleinerer Nachbargemeinden, und wenn es (vorerst) nur durch das Schaffen eines gemeinsamen Pfarramtes geschieht, würde neue Möglichkeiten eröffnen. So könnte z.B. an die Stelle von zwei Teilzeitpfarrämtern in Zukunft eine Vollzeitstelle im Pfarramt und eine Diakonats- oder Jugendarbeitsstelle treten. Das würde vielfältigere Arbeit ermöglichen.

Wo der Kirchenrat Abweichungen von der gesetzlichen Regelung, die er nicht bewilligt hat, feststellt, spricht er diese z.B. im Rahmen von Visitationen an. Insgesamt steht er aber unter dem Eindruck, dass die gesetzlichen Vorgaben gut eingehalten werden.

Zu den einzelnen Fragen

1. Der Kirchenrat ist ausführendes Organ. Wenn die gesetzlichen Grundlagen geändert werden, wird er diese vollziehen. Insofern kann er sich eine Änderung der rechtlichen Grundlagen "vorstellen". Von sich aus wird er aber nicht Anstrengungen unterneh-

men, diese herbeizuführen. Er hält, wie oben dargestellt, die gesetzlichen Grundlagen (die im Fall der Kirchenordnung noch nicht sehr alt sind) für richtig.

2. Die gegebenen Rechtsgrundlagen setzen dem Kirchenrat enge Grenzen, was die Genehmigung von Ausnahmegewilligungen betrifft. Eine Regelung, die einmal pro Monat auf die Durchführung eines Gottesdienstes pro Gemeinde verzichtet, ist mit dem geltenden Gesetzeswortlaut nicht vereinbar.
3. Weil die Antwort zu Pt. 2 negativ ausfällt, kann zu Pt. 3 nichts gesagt werden.
4. Alle vorgeschlagenen möglichen Kriterien für einen Verzicht auf Sonntagsgottesdienste scheinen dem Kirchenrat willkürlich. Von den personellen Ressourcen her ist eine Einhaltung der geltenden Regeln möglich. Und finanziell würde ein Verzicht auf eine bestimmte begrenzte Zahl von Gottesdiensten im Vergleich zu den Fixkosten einer Gemeinde (Besoldungen, Gebäudeunterhalt, Verwaltung) nicht sehr ins Gewicht fallen.
5. Die "weitere Bedingung" für die Gestaltung von gemeinsamen Gottesdiensten ist durch die Kirchenordnung gegeben: Es muss sich um "besondere Gottesdienste" handeln. Wenn dies der Fall ist, erweisen sich die Gottesdienstteilnehmer als bedeutend beweglicher. Entsprechend gut sind sie dann auch besucht.

Der Kirchenrat möchte das Problem nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die beiden Kirchenratsmitglieder, die Pfarrer sind, halten selber fast jeden Sonntag Gottesdienst und kennen die Situation. Der Kirchenrat denkt aber, dass es das falsche Signal wäre, auf kleinere Teilnahmezahlen mit einer Ausdünnung des Angebots zu reagieren. Es ist nicht auszuschliessen, dass der Trend rückläufiger Teilnahmezahlen gestoppt und ins Gegenteil umgedreht werden kann.

Frauenfeld, 8. Mai 2019

EVANG. KIRCHENRAT DES KANTONS THURGAU

Der Präsident: Pfr. Wilfried Bühner

Der Aktuar: Ernst Ritzi